

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 66 846-48 ppbn.d

## Inhalt

33. Jahrgang / 132

13. Juli 1978

Rolf Meinecke MdB warnt vor Studienzeitverkürzungen im "Hauruck-Verfahren".

Seite 1-3

Klaus Matthiesen MdL, schleswig-holsteinischer Oppositionsführer, attackiert Stoltenbergs Medienpolitik.

Seite 4/5

Antje Huber MdB, Bundesgesundheitsministerin, würdigt den verstorbenen Begründer des Deutschen Krebsforschungszentrums, Prof. Bauer.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Universitäres Kurzstudium als Regelfall ?

Wissenschaftsrat bereitet Empfehlungen zur "Differenzierung des Studienangebotes" vor

Von Rolf Meinecke MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Sicher, fünf bis sechs Jahre durchschnittliche Verweildauer der Studenten an den Hochschulen sind zu hoch. Das blockiert Kapazitäten, ist zu teuer und verringert Berufschancen überalterter Hochschulabsolventen. Die Verkürzung der normalen Studiendauer liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Studenten und ist gesamtgesellschaftlich geboten. Für die Regelstudienzeiten - wie im Hochschulrahmengesetz vorgesehen - ist bisher nicht nachgewiesen, daß sie überflüssig oder gar schädlich sind.

Der Gesetzgeber allerdings wollte keine Sanktionen wegen Überschreitens der Regelstudienzeiten, bevor dafür nicht durch die Studienreform die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Studienreform muß dazu beitragen, daß das Studienangebot so strukturiert wird, daß das Hochschulstudium im Normalfall nach acht Semestern beendet werden kann.

Darauf haben die sozialdemokratischen und liberalen Wissenschaftsminister bereits seinerzeit zum Wintersemester 77/78 in einer "gemeinsamen Erklärung" verwiesen. Eine großzügige Anwendung dieser Erklärung müßte möglich sein.

Das Hochschulrahmengesetz sieht darüber hinaus, in - wie es wörtlich heißt - "dafür geeigneten Bereichen" die Einrichtung von Kurzstudiengängen (sechs Semester) an wissenschaftlichen Hochschulen, wie sie an Fachhochschulen die Regel sind, vor. Der Wissenschaftsrat geht in seinen Überlegungen

die in Entwurfsform vorliegen, davon aus, daß das Studium künftig zu unterteilen ist. Für die einen ein verkürztes Grundstudium mit "berufsqualifizierendem Abschluß", für andere eine zusätzliche Chance eines Aufbaustudiums.

"Die Forderung geht dahin", so Wissenschaftsratsvorsitzender Kewenig in einem Aufsatz der 'Uni-Information Karlsruhe', "das zum Diplom oder Staatsexamen alter Art führende Studium nicht mehr als den 'normalen', dem Universitätsstudenten zugänglichen Ausbildungsgang anzusehen, sondern den Zugang hierzu an besondere Qualifikationsvoraussetzungen zu knüpfen, die der einzelne in der Universität selbst zu erwerben hat, und ihn zudem nur für solche Studenten zu eröffnen, die für den von ihnen angestrebten Beruf oder Arbeitsplatz auf besondere Fachkenntnisse und eine vertiefte theoretische Ausbildung angewiesen sind."

Das Kurzstudium soll nach diesen Überlegungen des Wissenschaftsrates zum Regelfall werden. Die Zulassung zum erweiterten Aufbaustudium ist - so der Empfehlungsentwurf - "vom Nachweis bestimmter fachlicher Eingangsvoraussetzungen abhängig, die teilweise im vorangegangenen Studium erbracht sein können".

In einem anderen Aufsatz erläutert Wilhelm Kewenig, wie er sich die "Deutsche Universität von morgen" vorstellt. Er unterscheidet dabei die Aufgaben der Hochschulen in Form einer "Pyramide" auf drei Ebenen: Eine breit angelegte Grundausbildung, die allen Studenten offensteht und etwa drei Jahre in Anspruch nimmt, als Basis. Es schließt sich eine etwa zweijährige Spezialisierungs- und Vertiefungsstufe für einen Teil der Studenten an. Nur wenige bleiben länger, um auf der dritten Ebene den Doktorgrad zu erwerben. Kewenig: "Wenn es dann auch noch gelingt, die jeweils vorhandenen Studentenzahlen etwa im Prozentverhältnis 50:45:5 auf die drei Ebenen der universitären Ausbildung zu verteilen, dann müßte die Universität wenigstens kapazitätengemäß in der Lage sein, ihren differenzierten Aufgaben einigermaßen gerecht zu werden."

Auch für uns freilich kann die gegenwärtige Struktur der Hochschulausbildung kein Dogma sein. Differenzierung ja - aber mit Augenmaß. Derartige Konzepte lassen sich allerdings schwerlich am grünen Tisch schneiden. In der Praxis muß sich zeigen, ob die angestrebten Kurzstudiengänge als Regelfall tatsächlich zu einer Verbesserung der Berufschancen - wie vom Wissenschaftsrat behauptet - der Absolventen führen.

Der Wissenschaftsrat bemüht sich gegenwärtig, die Planungen für die geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge zu konkretisieren. Die bisherigen Erfahrungen mit Kurzstudiengängen an Universitäten sind allerdings eher entmutigend. Es hat sich gezeigt, daß sie weder von den Studenten noch von den Arbeitgebern angenommen werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdient hier der Beitrag von Konrad Schmittner über die Erfahrungen mit universitären Kurzstudiengängen im Bereich der Naturwissenschaften. Er

ist Regierungsdirektor im Kultusministerium Baden-Württemberg und ehemaliger Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Schmittner kommt dabei zu dem Fazit: "Vor unüberlegter Einführung von universitären Kurzstudiengängen, die letztlich nur 'abgebrochenen Langstudiengängen' vergleichbar sind und keine eigenständige praxis- und arbeitsmarktbezogene Konzeption erkennen lassen, muß jedoch gewarnt werden."

Wenn es dem Wissenschaftsrat erklärtermaßen bei seinen Überlegungen nicht um die Rückkehr zur alten "Eliteuniversität" geht, sondern tatsächlich Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen verbreitert werden sollen, dann können diese praktischen Erfahrungen allerdings nicht ignoriert werden.

Mit teuren Experimenten, die vom Steuerzahler finanziert werden müssen, deren Scheitern aber schon jetzt abzusehen ist, ist niemandem gedient. Der Wissenschaftsrat war bislang bei der Durchsetzung der sozialliberalen "Politik der Öffnung der Hochschulen" durchaus hilfreich. Sozialdemokraten gehen davon aus, daß diese Grundtendenz erhalten bleibt und nicht durch Zahlenspiele und Quotenpolitik unterminiert wird.

Der Wissenschaftsrat selbst muß sich bei seinen - dem Auftrag entsprechenden - Überlegungen politisch der offenen Diskussion stellen, die dann auch einmal herbe Kritik bedeuten kann.

Dennoch: Die Überlegungen des Wissenschaftsrates sind ein interessanter Diskussionsbeitrag. Sie verdienen allemal in die Studienreformerarbeit einbezogen zu werden. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat mit seinen "Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung" für diese Aufgabe den Rahmen abgesteckt.

(-/13.7.1978/va-he/lo)

Die Meinungsfreiheit steht auf dem Spiel  
-----

Kündigung des NDR-Vertrages enthüllt die Pläne konservativer Medienpolitiker

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag

Was der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Stoltenberg, mit dem NDR vorhat, ist mehr als eine beiläufige Unmutsreaktion und anderes als konstruktive Reform. Er will es gerade auch jenen in CDU und CSU zeigen, die ähnliches mit anderen Rundfunkanstalten vergeblich versucht haben - Strauß mit dem Bayerischen Rundfunk, Biedenkopf/Windelen mit dem WDR. Er will als erster und ein für alle Male die Konsequenz ziehen aus der Behauptung von Prof. Elisabeth Noelle-Neumann, die den CDU-Verlust bei der Bundestagswahl 1976 den öffentlich-rechtlichen Anstalten ankreidet. Für den NDR bedeutet das: Stoltenberg will auf jeden Fall mehr Einfluß auf den Sender.

Alle von ihm ins Auge gefaßten möglichen Änderungen sind diesem Ziel zugeordnet. Die Verlagerung der Programmverantwortlichkeit in die Landesfunkhäuser wie auch die Neuordnung der Aufsichtsgremien halten nicht, wie vorgegeben, den Einfluß der Politik aus den Anstalten fern, sondern erweitern und zementieren diese Einflüsse.

Der Journalist Dagobert Lindlau hat im Juni in einer Sondersendung der ARD zur NDR-Kündigung errechnet, daß sich die Mehrheit für die CDU in einem so gebildeten Gremium beim NDR - je nach der Liste der relevanten Gruppen - bis zu einer Zweidrittelmehrheit ausweiten kann.

Die Programmkontrolle soll nach CDU-Vorstellungen von der jeweils aufsichtsführenden Landesregierung offenbar direkt ausgeübt werden können. Dies ergibt sich daraus, daß die Programmgrundsätze offenbar als bindende Rechtsnormen ausgestaltet werden sollen, und daß die Rechtsaufsicht ausgeweitet wird. Damit ergibt sich für die aufsichtsführende Landesregierung ein direkterer Zugriffsweg auch auf das Programm. Wenn dann Brokdorf wieder passiert, kann man sich vorstellen, wie die Berichterstattung aussieht.

Die Ausgestaltung rechtsverbindlicher Programmgrundsätze im Staatsvertrag, der Erlass zusätzlicher verbindlicher Programmrichtlinien durch den Rundfunkrat und die Ergänzung durch besondere Programmgrundsätze für die Länderprogramme bedeuten einen Richtlinienexzess. Über jede einzelne Regelung kann man zwar reden, aber das von Stoltenberg vorgesehene Reglementierungsgeflecht wird notwendige programmliche Gestaltungsfreiheit ersticken und freien Journalismus einengen. Unsere Demokratie braucht den kritischen Journalismus.

Hörfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik sind heute unabhängig von dem Zwang, mit ihren Programmen Geld zu verdienen. Diese Unabhängigkeit unterscheidet sie von Zeitungen und Zeitschriften. Die amerikanischen Rundfunkverhältnisse zeigen, welche verheerenden Folgen es hat, wenn Medienpolitik vom Gewinnstreben bestimmt wird.

Es ist also klar, daß das, was hier zur Debatte steht, mehr ist als die Querele eines kritikempfindlichen Ministerpräsidenten mit einem Sender, mehr auch als ein schleswig-holsteinisches oder norddeutsches Problemchen, dessen Lösung einer Landesregierung oder einer Partei überlassen bleiben kann. Diese Kieler Kündigung reicht in ihren möglichen Folgen weiter, und das nicht nur, weil der NDR ein Fünftel des ARD-Programms bestreitet, sondern weil ein wesentliches Stück Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit auf dem Spiel steht.

Der NDR darf nicht entsprechend der Vision des DJV-Biattes "Journalist" ein Kürzel werden für Nicken, Ducken und Radfahren. (-/13.7.1978/vo-he/lo)

+

+

+

### Ein Leben im Kampf gegen den Krebs

---

Der Nestor der deutschen Krebsforschung, Prof. Dr. K. H. Bauer, ist tot

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Der Nestor der deutschen Krebsforschung, der eigentliche Begründer des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg, Professor Dr. K. H. Bauer, ist tot. In ungewöhnlicher Weise fühlte sich er, der zu den führenden Chirurgen Deutschlands zählte, der Erforschung und der Bekämpfung des Krebses verpflichtet. Noch im hohen Alter war immer wieder er es, der als engagierter Förderer und Ideenspender die Sache der Krebsforschung voranzutreiben bemüht war.

Vor 18 Jahren selbst an Darmkrebs erkrankt, mit Erfolg operiert, hatte er auch in seinem persönlichen Lebensschicksal eine Antriebsfeder für die Sache, die er zu seiner eigenen gemacht hat. "K. H. Bauer" - wie er üblicherweise genannt wurde - war in der Sache ein unbequemer Mahner, immer bemüht, die Entwicklung der Krebsforschung und Krebsbekämpfung voranzutreiben - und er hatte damit Erfolg. Sein Lebenswerk war in hervorragendem Maße der Erforschung des Krebses und dessen Bekämpfung gewidmet.

Bereits 1928 veröffentlichte er sein grundlegendes wissenschaftliches Werk, dessen Bedeutung erst später erkannt und noch später anerkannt worden ist. Sein Hauptwerk "Das Krebsproblem", unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht, gab Anstöße und Richtziele, deren Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen ist. In großer Konsequenz hat er die Entwicklung und Errichtung eines Deutschen Krebsforschungszentrums betrieben und erreicht, daß bereits 1964 unter Mitwirkung des Bundesgesundheitsministeriums und der finanziellen Hilfe des Bundes dessen erste Betriebsstufe eingeweiht werden konnte. Heute verfügt das Deutsche Krebsforschungszentrum über acht wissenschaftliche Institute mit über 1.000 Mitarbeitern.

Die Bundesregierung ist gemeinsam mit den wissenschaftlichen Fachgesellschaften, den Institutionen der Forschungsförderung derzeit im besonderen Maße darum bemüht, Krebsforschung und Krebsbekämpfung zu intensivieren. Der Rat und der treibende Ansporn von K. H. Bauer wird nun fehlen. Er hat immer auf die Intuition und die Schaffenskraft junger und ebenso wie er engagierter Wissenschaftler gezählt. Aber dennoch ist die Krebsforschung ohne ihn ärmer geworden.

Das wissenschaftliche Lebenswerk von K.H. Bauer, der im hohen Alter von fast 88 Jahren nunmehr verstorben ist, wurde wiederholt gewürdigt. Er hat viele wissenschaftliche Auszeichnungen und öffentliche Anerkennungen erfahren. Wir haben K. H. Bauer zu danken und sein Andenken als Ansporn für die Bemühungen im Bereich von Krebsforschung und Krebsbekämpfung zu bewahren. (-/13.7.1978/bgy/10)

+ + +